

„Lügenpresse“ und „ferngesteuerte Politiker“ – Systemkritik oder Verschwörungsmythen?

Es ist an der Zeit, die soziale und rechtsstaatliche Demokratie zu retten.

Vorbemerkung

Die Frage, ob Corona unsere Demokratie gefährdet, bewegt gerade große Teile der Öffentlichkeit, auch wegen freiheitsbeschränkender Maßnahmen der Regierungen. Was in der derzeitigen Gemengelage der politischen Diskussion ist dabei berechtigter Veränderungswille, was Verschwörungsideologie?

Die wichtigsten Aussagen der Kritiker gegenwärtiger Politik und ihre Bewertung

Corona-Maßnahmen sind verfassungswidrig, weil sie Grundrechte einschränken. („Man darf ja heute nichts mehr sagen.“)

Ein zunächst einleuchtendes Argument! Die Sicherung der Grundrechte und die Kontrolle von Parlaments- und Regierungsentscheidungen ist daher Aufgabe unabhängiger Gerichte. In der Praxis haben diese auch immer wieder Entscheidungen der Politik korrigiert. Allerdings gibt es auch die Konkurrenz von Grundrechten. So kann das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit schwerer wiegen als die Versammlungsfreiheit. Nebenbei: Nirgends wurde die Meinungsfreiheit eingeschränkt.

Politiker argumentieren abgehoben, sie verstehen die Nöte der Menschen nicht mehr. Daher muss die Politik durch den Druck der Straße verändert werden.

Kritik an Entscheidungen der politischen Institutionen ist notwendig, Demonstrationen sind ein legitimes Mittel, politischen Druck auszuüben. Die lautstarke Behauptung „Wir sind das Volk“ ersetzt allerdings nicht sachkundige Argumentation. Gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Prozesse sind halt leider sehr kompliziert. Ein Generalverdacht gegen „die“ Politik ist da nicht hilfreich, wohl aber politische Teilhabe über Parteien und gesellschaftliche Organisationen.

Die Politik und vor allem über- und zwischenstaatliche Institutionen werden von Großkonzernen und Milliardären (z.B. Bill Gates) gesteuert. Es gibt eine verborgene Organisation und dubiose Interessen wohlhabender und mächtiger Individuen, die verantwortlich sind für das Elend in der Welt. Diese Interessen sollen nicht als solche erkannt werden („Nichts ist wie es scheint.“).

Richtig ist, dass große Konzerne dank ihrer Marktmacht und ihrer „Systemrelevanz“ (Arbeitsplätze!) erheblichen Einfluss auf Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik nehmen. Diese Macht muss durch die Zerschlagung von Kartellen, Marktregulierungen, aber endlich auch eine gerechte Besteuerung von Einkommen und vor allem Vermögen und Erbschaft begrenzt werden. Einfache Erklärungsmuster und der Hinweis auf angebliche Verschwörungen ersetzen nicht sachliche Auseinandersetzung und politisches Handeln.

Übernationale Institutionen, für Europa vor allem die EU („Brüssel“) und die Globalisierung von Finanzen und Wirtschaft zerstören nationale Souveränität und Identität.

Richtig ist die Kritik an unvollkommener Demokratie auf der Ebene der EU (relative Schwäche des direkt gewählten Parlaments, Einstimmigkeitsprinzip bei wichtigen Entscheidungen etc.). Und das Verständnis der Globalisierung als bloße Öffnung der Weltmärkte für Kapitalinteressen führt zu katastrophaler Ungleichheit zwischen Arm und Reich.

Das Gegenmittel ist aber nicht die Schwächung der europäischen und internationalen Institutionen und nationale Abschottung, sondern die Entwicklung der EU zu demokratisch verfassten Vereinigten Staaten von Europa und weltweite Solidarität. Der Souverän ist der aufgeklärte Bürger, kulturelle Identitäten sind vielfältig und schützenswert, nationalistische Engstirnigkeit nicht.

Die europäischen „Leitmedien“, insbesondere öffentlich-rechtliche Fernseh- und Radiosender sowie die überregionale Presse berichtet tendenziell im Sinne des politischen Systems („Lügenpresse“).

Alternative und entlarvende Hintergrundinformationen erhält man nur auf bestimmten Internet-Plattformen.

Die Corona-Pandemie ist eine von mehreren Infektionen mit Corona-Viren. Durch die Betonung ihrer angeblich hochgradigen Gefährlichkeit verschafft sich die Politik die Mittel, Bürger durch Einschränkung ihrer Grundrechte zu manipulieren und zu beherrschen.

Politiker und Industrielle halten Kinder gefangen, um ihnen Blut zu entnehmen, das Pädophilen zum Erhalt ihrer Jugend dient. – Eine Zensur für abweichende Meinungen steht unmittelbar bevor. – Donald Trump will die Welt vor diesen Machenschaften schützen, der „Deep State“, eine Verschwörung in amerikanischen Ministerien und Geheimdiensten, will das verhindern. – Die „gute“ Organisation unter Führung von QAnon rettet die Welt. - etc., etc.

Interessanterweise setzen rechte Gruppierungen derzeit auf politische Handlungsformen, die ursprünglich solche der linken Protestbewegung der 70er Jahre waren. So übt man radikale Systemkritik, organisiert Straßenprotest und erweckt den Anschein als vertrete man die Mehrheit der Bevölkerung („Wir sind das Volk“). Die inhaltliche Dürftigkeit der Argumentation (s. oben) wird dabei durch Aggressivität ersetzt.

Aber wann könnte unsere Demokratie denn nun gefährdet sein?

- wenn generell zu Gewalt oder zu Gewalt gegen Gruppen (Juden, Muslime) aufgerufen wird,
- wenn ein gesellschaftlicher Grundkonsens verloren geht und der politische Gegner zum Feind wird („Wir werden sie jagen!“),
- wenn Wahlergebnisse nicht akzeptiert werden („Democrats stole the election“),
- wenn demokratische legitimierte Repräsentanten nicht mehr anerkannt werden („Merkel muss weg“) oder gar zu Gewalt gegen sie aufgerufen wird (Galgen und Politiker in Häftlingskleidung auf Transparenten),
- wenn Gewaltenteilung durch „Kundgebungsdemokratie“ ersetzt und die eigene Meinung absolut gesetzt wird,
- wenn „Fake News“ gezielt verbreitet werden,
- wenn Medien ohne konkrete Begründung der Falschaussage bezichtigt werden („Lügenpresse“),
- wenn kein Gespräch mehr möglich ist.

Der Kampf für unsere soziale und rechtsstaatliche Demokratie erfordert Engagement gegen diese Tendenzen.

Auch wenn Presse-Berichterstattung immer wieder kritisch begleitet werden muss (Presse als „4. Gewalt“): In den so genannten „Leitmedien“ werden politische Entscheidungen und gesellschaftliche Entwicklungen durchaus kontrovers diskutiert. Konkrete Desinformation müsste im Einzelfall nachgewiesen werden.

Die Verbreitung von Un- und Halbwahrheiten und die oft völlig faktenfreie Diskussion in bestimmten Internet-Foren ist allerdings das schwerwiegendere Problem.

Die Gefährlichkeit der Covid 19-Erkrankung ist durch die WHO (Weltgesundheitsorganisation) und die Mehrzahl der Virologen festgestellt.

Vor allem aber: Welches Motiv hätten Politiker in demokratischen Staaten für ein derartiges Handeln? Ein grundsätzliches Herrschafts- und Manipulationsmotiv anzunehmen ist doch absurd.

Hm!